



Haushalts- und Finanzausschuss

92. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:40 Uhr

Vorsitz: Martin Börschel (SPD) (Vorsitzender)

Ralph Bombis (FDP) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|--|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 | Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2021 zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise | 8 |
- Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 1)
- In Verbindung mit:
- Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Gewährung von Hilfen des Bundes als Billigkeitsleistungen für Veranstalter von Messen und Ausstellungen im Sinne der Gewerbeordnung („Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“)**

Vorlage 17/5840

Drucksache 17/15415

Maßnahmenvorschlag der Fraktion der SPD (s. Anlage 1) 8

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD und bei Enthaltung der Grünen lehnt der Ausschuss den Maßnahmenvorschlag der SPD ab.

Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Gewährung von Hilfen des Bundes als Billigkeitsleistungen für Veranstalter von Messen und Ausstellungen im Sinne der Gewerbeordnung („Sonderfonds des Bundes für Messen und Ausstellungen“)

Vorlage 17/5840
Drucksache 17/15415

Der Ausschuss nimmt den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Kenntnis.

2 Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses zu § 35 Absätze 1 und 2 Nachtragshaushaltsgesetz 2021 16**Einrichtung von Planstellen und Stellen und die Bereitstellung von Verstärkungsmitteln für Personal- und Sachausgaben im Rahmen der Umsetzung des Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetzes 2021 sowie des NRW-Wiederaufbauhilfegesetzes 2021**

Vorlage 17/5900

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Bericht durch StS Dr. Patrick Opdenhövel (FM)

– Wortbeiträge

3 Weitere Einstellungszusagen für 2022 an Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“ 19

Vorlage 17/5872

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Vorlage 17/5872 zu.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700
Vorlage 17/5717

und:

Finanzplanung 2021 bis 2025

Drucksache 17/14701

Vorlage 17/5894
Vorlage 17/5852

– Auswertung der Anhörung vom 30. September 2021 (APr 17/1576)

– Wortbeiträge

5 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

Stellungnahme 17/4144
Stellungnahme 17/4410
Stellungnahme 17/4411
Stellungnahme 17/4412
Stellungnahme 17/4463

– Auswertung der schriftlichen Anhörung

– Wortbeiträge

6 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften 40

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209
Stellungnahme 17/4311
Stellungnahme 17/4389
Stellungnahme 17/4326
Stellungnahme 17/4374

Stellungnahme 17/4313
Stellungnahme 17/4265
Stellungnahme 17/4299
Stellungnahme 17/4312
Stellungnahme 17/4316
Stellungnahme 17/4402

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

– Wortbeiträge

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

7 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen (Teilhabe- und Integrationsgesetz – TIntG) 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14243

Stellungnahme 17/4212
Stellungnahme 17/4338
Stellungnahme 17/4373
Stellungnahme 17/4363
Stellungnahme 17/4361
Stellungnahme 17/4362
Stellungnahme 17/4315
Stellungnahme 17/4346
Stellungnahme 17/4367
Stellungnahme 17/4356
Stellungnahme 17/4304

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IntA)

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Gesetzentwurf abzuschließen.

8 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschuss zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Haushaltsgesetz 2021 42

Grundstück in Hagen, Prentzelstraße

Vorlage 17/5768

– Wortbeiträge

Einstimmig stimmt der Ausschuss der Veräußerung der in
Vorlage 17/5768 genannten Liegenschaft zu.

9 Stand der Abrufung der Mittel aus dem Lüftungsprogramm II (*Bericht
beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5876

– Wortbeiträge

10 WestSpiel-Verfahren (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **46**

Bericht
der Landesregierung
Vertrauliche Vorlage 17/193

– Wortbeiträge

11 Rechtsstreit EAA Portigon (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD
[s. Anlage 3])* **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5874

– Wortbeiträge

12 Monatliche Veröffentlichung der Entwicklung der Steuereinnahmen
(*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 4])* **49**

– Wortbeiträge

13 Verschiedenes **51**

– keine Wortbeiträge

6 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

Stellungnahme 17/4209
Stellungnahme 17/4311
Stellungnahme 17/4389
Stellungnahme 17/4326
Stellungnahme 17/4374
Stellungnahme 17/4313
Stellungnahme 17/4265
Stellungnahme 17/4299
Stellungnahme 17/4312
Stellungnahme 17/4316
Stellungnahme 17/4402

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AHKBW)

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/14304 an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – und den Haushalts- und Finanzausschuss am 30. Juni 2021)

Stellv. Vorsitzender Ralph Bombis teilt mit, der federführende Ausschuss erwarte ein Votum.

Monika Düker (GRÜNE) führt aus, grundsätzlich sei es richtig, die Isolierung der pandemiebedingten Mindererträge und Mehraufwendungen der Kommunen auszuweiten, denn die Pandemie sei nicht vorbei. Dies sichere kommunale Handlungsfähigkeit. Aber auch hier weise sie für ihre Fraktion darauf hin, das Problem sei nicht das, was im Gesetzentwurf stehe, sondern das, was dort nicht drin stehe. Eine isolierte Ausweitung von Mindererträgen und Mehraufwendungen helfe den Kommunen nicht, aus der Schuldenproblematik herauszukommen, sondern dafür brauche es echtes Geld, mit denen man ihnen unter die Arme greife.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und Grünen gegen die Stimme der AfD sowie bei Enthaltung der SPD stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

